

# FREIBURGER RUNDBRIEF

Beiträge zur Förderung der Freundschaft zwischen dem Alten und dem Neuen Gottesvolk im Geiste beider Testamente

## 1. Solidarität mit Israel

### a) Ein Appell an die Christenheit

Seit Monaten war geplant, durch unseren Rundbrief einen Mahnruf an die Christenheit anlässlich der wachsenden Bedrohung Israels ergehen zu lassen. Inzwischen hat die ‚Christlich-Jüdische Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz‘ einen Aufruf zur Solidarität mit Israel erlassen und die ‚Amicizia Ebraico-Cristiana‘ in Italien hat sich ihn zu eigen gemacht<sup>1</sup>.

Wenn wir selber auch aus theologischer Sicht die eine oder andere Formulierung wohl etwas anders gefaßt hätten, so möchten wir uns doch gern dem *Sinn und Geist* dieses Aufrufs anschließen. Wer wäre mehr dazu verpflichtet als wir Christen in Deutschland?

Der Vorstand der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz hat beschlossen, folgenden Aufruf an seine christlichen Mitbürger, darüber hinaus an alle Christen, insbesondere die Christen Europas, zu richten:

Vor acht Jahren wurde der Staat Israel auf dem Boden des Heiligen Landes gegründet. Sein Boden wurde und wird mit unsäglichen Opfern einer größtenteils verwüsteten Erde abgerungen. Er ist die wichtigste Zuflucht der Überreste des zu zwei Dritteln ausgemordeten europäischen Judentums und der überall aus der arabischen Welt vertriebenen orientalischen Juden. Er ist das neue Zentrum des jüdischen Geistes, dem die Menschheitskultur so unendlich viel zu verdanken hat. Er ist eine einzigartige Synthese aus abendländischer und morgenländischer Lebensart. Er ist ein Werk des Friedens, der positiven, lebensbejahenden Menschengemeinschaft. Schon der Völkerbund hat 1922 das Recht des jüdischen Volkes auf eine Heimstätte in Palästina anerkannt. Die Vereinten Nationen haben dann mit großer Mehrheit das Existenzrecht des Staates Israels ratifiziert und diesen als Mitglied aufgenommen. Dennoch wird dieses Existenzrecht Israels von seinen Nachbarn bestritten, und so steht es vom Tag seines Bestehens an im verhängnisvollen Zeichen des Krieges, der es immer wieder zu vernichten droht.

Israel ist aber für uns Christen auch der Name des vom einigen Gott auserwählten Volkes, der Name des Alten Bundes, ohne den der Neue nicht wäre; es ist der Name des über alle Welt zerstreuten jüdischen Volkes und der mit ihm gegebenen Verheißung. Dieses

jüdische Volk hat die ganze Geschichte der christlichen Ära in untrennbarer Verbundenheit mit der Christenheit gelebt. Die Geschichte dieser Verbundenheit ist eine Geschichte unveräußerlicher gegenseitiger Bereicherung, aber auch eine Geschichte des Versagens der Christenheit. Die Folgen dieses Versagens kulminieren in der Ausrottungsaktion der Nationalsozialisten, der rund zwei Drittel der europäischen Juden, 6 Millionen, darunter 1 Million Kinder, schuldlos zum Opfer fielen.

Die Juden, die heute den Staat Israel aufbauen und verteidigen, sind unsere Brüder; sie sind unsere Gefährten durch die Geschichte — und sie bleiben es. Wer verstanden hat, was das Geschehen der nationalsozialistischen Ausrottungsaktion für die Christenheit bedeutet hat und bedeutet, der muß sich zu dieser Verbundenheit mit Israel in des Wortes doppelter Bedeutung bekennen.

Wieder ist ein wichtiger Teil des Volkes des Alten Bundes ernsthaften Drohungen ausgesetzt, deren Durchführung Vernichtung und Ausrottung bedeuten würde. Und wieder ist die Christenheit, sind wir alle in die Schuld verflochten, die darin zum Ausdruck kommt. Das Bekenntnis zur unaufhörlichen Verbundenheit der Geschichte des Christentums mit der Geschichte des Judentums bedeutet heute ein Bekenntnis zur Solidarität mit dem Staate Israel. Wir rufen die Christenheit dazu auf!

Die Herausgeber des Freiburger Rundbriefs:

gez. Dr. Gertrud Luckner  
Dr. Karl Borgmann  
Dr. Rupert Giessler  
Msgr. Kupo Joerger  
Karlheinz Schmidhüs  
Prof. Dr. Karl Thieme  
Prof. Dr. Anton Voegtle

gez. Prof. Dr. Rupert Angermair, Kath. theol. Hochschule Freising  
Min.-Rat Dr. Josef Antz, Bonn  
Prof. Dr. theol. Franz Xaver Arnold, Universität Tübingen  
Prof. Dr. K. S. Bader, Universität Zürich, früher Freiburg/Br.  
Prof. Dr. Clemens Bauer, Universität Freiburg/Br. Stadtdekan Dr. Alfons Beil, Heidelberg  
Walter Dirks, Frankfurt/Main  
Prälat Alois Eckert, Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg/Br.  
Prof. Dr. theol. Richard Egenter, Universität München  
Prof. E. Eiffler, Freiburg/Br.  
Alfons Erb, Freiburg/Br.  
Caritasdirektor Fritz, Freiburg/Br.  
Prof. Dr. theol. Rudolf Graber, Eichstätt/Bayern  
Dipl.-Ing. H. Happe, Hannover  
Prof. Dr. theol. Hauser, Universität Heidelberg

<sup>1</sup> Außerdem hat der niederländische ‚Interkirchliche Dienst an Israel‘ im April 1956 folgendermaßen Stellung genommen:

Ernstlich beunruhigt über das sich zuspitzende Verhältnis zwischen Israel und einer Reihe von Staaten der arabischen Welt, sind sich unsere Gemeinden bewußt geworden, welche Verantwortung die Christenheit dafür trägt, daß Recht und Gerechtigkeit gegenüber Juden und Arabern wiederholt vernachlässigt wurden. Wir wollen deshalb für den Frieden in diesem Teile der Welt beten und haben gleichzeitig einen dringenden Appell an die niederländische Regierung gerichtet, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Vereinten Nationen die Konsequenzen ihrer Mitwirkung am Zustandekommen des Staates Israel sowie ihrer Anerkennung Israels als einer ihrer Mitglieder übernehmen und daß die Westmächte ihre Garantie für das Waffenstillstandsabkommen von 1949 in die Tat umsetzen.

Maria Kiene, Referentin am Deutschen Caritasverband, Freiburg/Br.  
 Direktor F. Kolbe, Gescher/Westf., Haus Hall  
 Bundesminister a. D. Dr. Hans Lukaschek, Freiburg/Br.  
 Direktor G. v. Mann, Ref. f. Jugendfürsorge, Deutscher Caritasverband, Freiburg/Br.  
 Prof. Dr. theol. Nikolaus Monzel, Universität München  
 Prof. Dr. theol. Wilhelm Neuss, Universität Bonn  
 Prof. Dr. theol. Nielen, Universität Frankfurt/M.  
 Prof. Dr. Hugo Rahner SJ., Universität Innsbruck  
 P. Dr. Augustinus Rösch SJ., München  
 Dr. phil. Angela Rozumek, Freiburg/Br.  
 Prof. Dr. theol. Othmar Schilling, Kath. theol. Hochschule Paderborn  
 DDr. B. Stasiewski, Leiter des kath. Bildungswerkes, Berlin  
 Dr. Hugo Stenzel, Verleger, Frankfurt/Main  
 Dr. Konrad Winkler, Freiburg/Br.

Dem obigen Appell des Freiburger Rundbriefkreises schließen sich die folgenden Unterzeichneten an:

gez. Pastor Lothar Ahne, Essen-Altenessen  
 Dr. Maria Baum, Oberreg.-Rätin a. D., Heidelberg  
 Klaus von Bismarck, Schwerte/Ruhr  
 Prof. Dr. Franz Böhm, MdB [CDU], Universität Frankfurt/Main  
 Dr. Hans Bornhäuser, Prälat des evangelischen Kirchenkreises Südbaden  
 Prof. Dr. H. Braun, Bonn  
 Dr. Adolf Freudenberg, Pfarrer, Bad Vilbel, Heilsberg  
 Prof. Karl Freudenberg, Universität Heidelberg  
 Prof. Dr. Lic. Helmut Gollwitzer, Universität Bonn  
 Dr. Hans Kallenbach, Leiter der evangelischen Akademie in Hessen und Nassau, Arnoldshain  
 Rechtsanwalt Otto Küster, Stuttgart  
 Dr. Ed. Lais, Wirtschaftsminister a. D., Freiburg/Br.  
 Prof. Dr. Th. Litt, Bonn  
 Pfarrer Benjamin G. Locher, Wuppertal-Elberfeld  
 Kreisdekan Dr. Hermann Maass, Heidelberg  
 DDr. Reinold von Thadden, Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages  
 Prof. Dr. Ernst Wolf, Universität Göttingen

## **b) Eine Weltverpflichtung / Israels Recht auf Existenz**

*Von Dr. Franz Böhm, MdB [CDU];  
 Professor an der Universität Frankfurt/Main*

Mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers und der Redaktion der „*Gegenwart*“ bringen wir den dort in Nr. 266 vom 11. 8. 1956, S. 496 ff. erstmals veröffentlichten Beitrag. (Die Red. des Rundbriefs)

Dieser Aufsatz ist vor der Zuspitzung von Suez verfaßt worden. Sein Inhalt gilt nicht machtpolitischen Konstellationen. Er betrifft eine Frage, die nicht unter dem schlechten Prinzip einer Aufteilung der Erde nach Interessensphären zum Gegenstand des Aushandelns werden darf. Um so brennender ist die Aktualität dieser Frage.

*Die Redaktion der „Gegenwart“*

### **I.**

Die arabischen Staaten fordern, daß der Staat Israel verschwindet. Sie erklären, daß sie sich mit dem Staat Israel im Kriegszustand befinden, und leiten daraus

das Recht ab, den Staat Israel mit Gewalt zu vernichten. Sie werden von kommunistischen Staaten mit Waffen beliefert. Sowohl den Belieferten wie den Lieferanten ist bekannt, daß diese Waffen gegen den Staat Israel verwendet werden sollen.

Knapp elf Jahre sind vergangen, seitdem der zweite Weltkrieg sein Ende gefunden hat. Alle Staaten der Erde waren damals einig in der Ansicht, daß der Krieg hinfort kein erlaubtes Mittel zum Austrag von Interessengegensätzen zwischen Staaten mehr sein darf. Sie waren damals sogar der Meinung, daß dieser Satz bereits ein Satz des geltenden Völkerrechts geworden sei. Rußland, die Vereinigten Staaten, England und Frankreich haben Gerichte eingesetzt, um deutsche Politiker, Militärs und Industrielle wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges zu bestrafen, und haben solche Strafen verhängt. In der Tat war der Krieg schon vor dem zweiten Weltkrieg durch den Kellogg-Pakt geächtet, dem die meisten großen Staaten beigetreten waren. Am Ende des zweiten Weltkrieges wurden die Vereinten Nationen geschaffen mit dem Ziel, die Anwendung des Krieges als eines Mittels der Politik endgültig und für alle Zeiten unmöglich zu machen. Inzwischen sind freilich wieder eine Reihe von Kriegen, wenn auch gottlob nur lokalisierte Kriege, geführt worden. Heute aber wird von einigen Völkern bereits wieder mit einer frappanten Unbefangenheit und offenbar mit dem besten Gewissen von der Welt mit Krieg gedroht und vom Krieg gesprochen, als sei es die selbstverständlichste und natürlichste Sache in der Welt und als handle es sich dabei um ein von der Natur geschaffenes Recht der Staaten, denen irgend etwas an den gegebenen Verhältnissen nicht genehm ist. Noch verblüffender ist, daß sich kaum eine einzige offizielle Stimme in der Welt erhebt, um diesen Drohungen, diesen Absichten und diesen Auffassungen entgegenzutreten. Man respektiert vielmehr den Appell an die Gewalt, und man respektiert ihn um so entgegenkommender, je ungehemmter und erpresserischer dieser Appell ausgesprochen wird.

Nun gibt es zwar Abkommen, die Israel gegen einen kriegesischen Angriff schützen sollen. Aber bereits jetzt werden diese Abkommen von den Regierungen der bedeutendsten Staaten wieder in einer Weise interpretiert, die ihren Inhalt, ihren Ernst und ihre praktische Bedeutung in Frage stellen. Irgendwelche konkreten Vorbereitungen dafür, den Schutz für den Fall eines tatsächlichen Angriffskrieges wirksam zu machen, sind nicht sichtbar. Der Wille, diesen Schutz zu gewähren, ist seit der Genfer Zusammenkunft im Hochsommer des letzten Jahres nicht mehr ausgesprochen worden, seitdem die Gefahr wirklich brennend geworden ist. Die Haltung aller Mächte, ohne Ausnahme, ist vielmehr dazu angetan, die arabischen Kriegsabsichten zu ermutigen und dazu beitragen, daß sich das militärische Kräfteverhältnis dauernd zuungunsten des bedrohten Staates Israel verschiebt. Die arabischen Staaten werden gestärkt, die Möglichkeiten des Staates Israel, sich selbst zu helfen, geschwächt. Selbst wenn einige der großen Mächte dem Staat Israel im Ernstfall zu Hilfe kommen sollten, so würde diese Hilfe mangels seriöser Vorbereitungen und Entschlüsse so spät kommen, daß dasjenige, was von der Regierung und vom Volk Israels in den letzten sieben Jahren aufgebaut worden ist, mindestens von der Luft her zerstört sein wird, bevor sich die Hilfe auswirkt. Leider aber wird es von Monat zu Monat ungewisser, ob der Schutz im Ernstfall überhaupt gewährt werden wird. Die englische Regierung hat bereits angedeutet, daß sie zu einem Schutz nur bereit sein wird, wenn Israel vorher recht empfindliche territoriale Zugeständnisse macht. Kann sich Israel dazu nicht entschließen, dann bleibt es im Fall eines arabischen Angriffskrieges ohne Schutz. Es wiederholt sich